

# SOLIDARISCH



**DIE DEMONSTRIERENDEN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER HABEN RECHT.** Das Scheitern des CO<sub>2</sub>-Gesetzes im Nationalrat gehört zu den Tiefpunkten eidgenössischer Politik. Parlamentarische Handlungsunfähigkeit in der drängendsten Frage unserer Zeit ist eine Kapitulationserklärung. Kein Wunder, treibt es Jugendliche auf die Strasse. Der Schweizer Klimaschutz braucht einen Neuanfang.

## Klimaschutz jetzt!



Beat Jans,  
Nationalrat (BS)

Die Zeiten fauler Ausreden sind vorbei. Es geht nicht nur um die künftigen Generationen, es geht auch um die heute lebenden Menschen. Es geht nicht um unsichere Prognosen, sondern um Realitäten. Das Klimadesaster ist da. Wenn es sich verschärft, wenn der Planet sich um mehr als anderthalb Grad aufheizt, werden Naturkatastrophen zunehmen. Sie werden weder modellier- noch versicherbar sein, wir gäben Infrastruktur und Lebensgrundlagen weltweit der Zerstörung preis. Wer die Klimakatastrophe abwenden will, muss aufhören, bloss an die Moral der Bevölkerung zu appellieren. Was wir brauchen, sind zielführende politische Vorschläge. Seit 40 Jahren erklärt die rechte Mehrheit des Parlamentes die Umweltprobleme mit dem Konsumverhalten der Leute und reicht damit die Verantwortung elegant an die Haushalte weiter. Es reicht. Das kann die Schweiz besser.

### Ziele setzen und verfolgen

Die Ziele sind klar. Sie sind im Klimaabkommen von Paris festgehalten. Die Schweiz hat sich dazu verpflichtet, bis zum Anbruch der zweiten Hälfte des Jahrhunderts klimaneutral zu sein und entsprechend die Finanzflüsse diesem Ziel unterzuordnen. Bis 2050 muss die Schweiz fossilfrei sein, bis 2030 mindestens zur Hälfte. Daran gibt es eigentlich nichts zu deuteln. Ein klares Bekenntnis, diese Ziele in der Schweiz erreichen zu wollen, ist Voraussetzung für die Lösung. Deshalb gehören diese Ziele jetzt ins Gesetz. Die Wirtschaft braucht genügend Zeit und klare Rahmenbedingungen, damit sie den Umstieg schaffen und am gleichen Strick ziehen kann.

### Die Energiewende als Chance

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist im Nationalrat nicht zuletzt an der Lobby-Arbeit von economiesuisse geschei-

tert. Der Dachverband der Wirtschaft hat sich zusammen mit der FDP in verantwortungsloser Weise um das Inlandziel foutiert. Der globale Ausstieg kann nur dann gelingen, wenn alle Länder ihre Hausaufgaben machen. Wir sind als Volkswirtschaft, die jährlich Erdöl und Erdgas für rund 10 Milliarden Franken importiert, schlicht dumm, wenn wir unsere Investitionen vor allem für zweifelhafte Auslandzertifikate ausgeben und damit unsere Abhängigkeit von fremdem Erdöl und Erdgas zementieren. Jede technologische und gesellschaftliche Revolution schafft Gewinner und Verlierer. Das gilt auch für die drängende Energiewende. Die Schweiz als Land, das keine fossilen Ressourcen, aber grosses technologisches Know-how besitzt, kann von dieser Revo-

lution nur profitieren. Es sei denn, sie verpasst den Zug. Die Schweiz hat alle Möglichkeiten und Gründe, hier vorwärts zu machen.

### Kein Geld für Öl

Den grössten Hebel in Sachen Energiewende hat die Schweiz als Finanzplatz. Leider sind Schweizer Banken, Versicherungen und Pensionskassen die grössten Klimamaeher der Nation. Sie zeichnen für schätzungsweise zwanzigmal mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich als alle Haushalte und Produktionsstätten auf Schweizer Boden zusammen. Ein rasch zu erreichendes Minimalziel muss sein, dass der Schweizer Finanzplatz keine Projekte zur Extraktion von fossilen Brennstoffen mehr finanziert. Schon heute sind die Kohlestoffreserven in den globalen Öl-

Gas- und Kohlelagerstätten fünfmal grösser als die Menge, welche die Menschheit überhaupt noch verbrennen darf. Investitionen, die dieses Problem noch vergrössern, sind sowohl ökologisch wie auch ökonomisch falsch.

### Benzin ersetzen

Der zweitgrösste Hebel ist der Verkehr. Der motorisierte Individualverkehr in der Schweiz heisst das Klima heute stärker auf als unsere Häuser und Fabriken. Das effizienteste Mittel, um ihn klimaneutral zu organisieren, ist, ihn zu vermeiden. Angesichts der Dringlichkeit des Klimaschutzes gilt es, den Verkehr möglichst rasch zu elektrifizieren und die erneuerbaren Stromquellen auszubauen. Eine sozialverträglich ausgestaltete Lenkungsabgabe auf Treibstoff-

fe, strenge Emissionsvorgaben an Autoimporteure und ein rascher Ausbau von Stromtankstellen sind weitere notwendige Massnahmen.

### Auf die Strasse!

Die Debatte im Nationalrat hat es klar gezeigt. Mit der heute bestehenden Mehrheit aus SVP und FDP im Nationalrat lässt sich kein griffiger Klimaschutz machen. Daraus lassen sich zwei Schlüsse ziehen: Erstens muss die SP aus den Wahlen gestärkt hervorgehen. Es sind Klima-Wahlen. Es geht um den Schutz unseres Planeten. Und zweitens braucht es den Druck der Bevölkerung. Zum Glück gibt es die Klimademos. Genauso wichtig ist aber die von der SP unterstützte Gletscher-Initiative. Die Unterschriftensammlung dazu startet bald.

# Am 14. Juni streiken die Frauen!



Martine Docourt  
Ducommun,  
Co-Präsidentin  
SP Frauen\*

Das Armutrisiko war und ist noch immer ein Problem, welches mehrheitlich Frauen betrifft. Dies gilt im Besonderen für alleinerziehende Frauen und Rentnerinnen. Erstaunlich? Nicht wirklich, wenn man die Fakten analysiert: Die Frauen besitzen weniger als ein Zehntel des globalen Vermögens, bekommen immer noch 20 % weniger Lohn als die Männer, und für 40 % dieser Differenz gibt es keine Erklärung – abgesehen vom Geschlecht. Bei der unbezahlten Arbeit zeigt sich das gleiche Bild. Die Frauen übernehmen immer noch den grössten Teil der Haus- und Erziehungsarbeit, während die Männer hauptsächlich der Lohnarbeit nachgehen. Zudem sind Berufe in Bereichen wie Kinderbetreuung, Pflege oder Verkauf, welche vorwiegend von Frauen ausgeübt werden, unterbezahlt. Mit diesen

Ungerechtigkeiten muss endlich Schluss sein.

Auch ist die Gewalt gegen Frauen nach wie vor ein grassierendes Problem. Häusliche Gewalt tötet in der Schweiz alle zwei Wochen einen Menschen, allermeistens eine Frau. Zudem wird jedes zweite Tötungsdelikt an einer Frau durch deren Ehepartner begangen. Frauen sind auch am Arbeitsplatz und in öffentlichen Räumen Gewalt ausgesetzt. Diese Gewalt muss aufhören!

Aufgrund dieser Tatsachen haben am vergangenen 14. Juni die SP Schweiz, die SP Frauen\* und die JUSO das Frauenjahr lanciert. Das Frauenjahr entstand aus dem Manifest der SP Frauen\* «für eine konsequent feministische Sozialdemokratie», welches 2017 im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums der SP Frauen\* veröffentlicht wurde. Unzählige Aktionen wurden und werden in diesem Jahr organisiert, um jegliche Diskriminierung gegenüber Frauen zu bekämpfen. Ausserdem findet am 14. Juni 2019 ein nationaler Frauenstreik statt.

Der Parteitag der SP Schweiz beschloss im Dezember 2018 die Unterstützung des Frauenstreiks einstimmig. Dieser Entscheid ist wichtig für die aktive Mobilisierung von Frauen und solidarischen Männern in der Partei. Das Frauenstreikkomitee setzt sich zusammen aus Vertreterin-

nen von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Aktivistinnen. Das Komitee hat eine Reihe von Forderungen ausgearbeitet. Diese reichen von der Wertschätzung der Pflegearbeit und besserer Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben bis hin zu mehr Schutz für Migrantinnen. Es ist eine grosse Vielfalt von dringlichen Anliegen, die die Lage der in der Schweiz lebenden Frauen widerspiegeln.

Die SP Frauen\* diskutiert an der nächsten Versammlung über den Frauenstreik und die Forderungen, welche wir als SP Frauen\* in die Öffentlichkeit tragen wollen. In diesem Sinne ermutige ich alle Genossinnen und Sympathisantinnen sowie solidarische Männer, sich den 14. Juni fett in die Agenda zu schreiben. Je stärker unsere Mobilisierung, desto grösser sind unsere Chancen die Gleichstellung voranzubringen. Für alle statt für wenige!





Die Bürgerlichen haben die Millionenbudgets, wir haben die Menschen. SP-Mitglieder am Parteitag in Brugg im Dezember 2018.

**DAS ZIEL FÜR DEN 20. OKTOBER IST KLAR: WIR WOLLEN DIE RECHTSBÜRGERLICHE MEHRHEIT IM NATIONALRAT BRECHEN.** Diese hat in den letzten vier Jahren für eine kleine Minderheit sowie gegen Mensch und Umwelt politisiert. Unser Versprechen: Wir setzen uns für alle Menschen in der Schweiz und für eine verantwortungsvolle Klimapolitik ein. Auf dass Fortschritt wieder möglich wird!

# Wir sprechen mit den Menschen



Nadine Masshardt,  
politische Wahlkampfleiterin,  
Nationalrätin  
(BE)

Frostig wie das politische Klima im Nationalrat war es auch bei unserem Wahlkampfstart. Doch bei einem wärmenden Kaffee und im Gespräch mit Passantinnen und Passanten auf dem Berner Waisenhausplatz konnten wir am 22. Januar ein erstes Mal aufzeigen, wie wir uns die Kampagne für die Wahlen im Herbst vorstellen: Wir – die Kandidierenden zusammen mit den Kantonal- und Lokalsektionen – suchen das Gespräch mit den Menschen in unserem Land. Wir setzen auf den Dialog, nicht auf Einwegkommunikation mit Inseraten und Pla-

katen. Sprich: Wir brauchen keine Motorsägen, um uns Gehör zu verschaffen, sondern wir werden im Alltag wahrgenommen. Denn wir haben die Menschen, die sich zu Tausenden in unserem Wahlkampf engagieren. Handwerklich setzen wir dazu in erster Linie wieder auf die bewährte Basiskampagne. Diese beinhaltet neu neben dem Telefonieren auch Tür-zu-Tür-Gespräche in den Quartieren. Hinzu kommen Aktionen auf der Strasse und natürlich Präsenz auf Social Media.

## **Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren**

Anders die Bürgerlichen: Sie haben das Geld. Und noch haben sie die Macht. Damit betreiben sie seit 2015 Politik zulasten der Allgemeinheit. Dagegen kämpfen wir an. So will die rechtsbürgerliche Mehrheit in Bundesbern

beispielsweise Kriegsmaterial in Konfliktgebiete exportieren und gleichzeitig bei den Schwächsten sparen. FDP und SVP stellen sich gegen die Energiewende und den Klimaschutz, letztmals bei der Debatte zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Und dieselbe Mehrheit will nichts tun gegen die steigenden Krankenkassenprämien oder die fehlende Gleichstellung der Geschlechter.

## **Für alle statt für wenige**

Inhaltlich setzt die SP auch im Wahlkampf auf eine Politik, welche die Interessen aller im Fokus hat. So wollen wir die Demokratie und den Rechtsstaat stärken. Unabhängig davon, wo wir arbeiten und wie wir leben, ob wir schon immer hier gelebt haben oder neu zugezogen sind: Wir wollen zusammen leben. Und unsere Kinder und Grosskinder sollen dereinst ebenfalls in einer mög-

lichst intakten Umwelt aufwachsen können.

Mehr Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Solidarität sind klassische Anliegen von vielen Menschen, die mit steigenden Krankenkassenprämien, hohen Mieten und Lohnungleichheit kämpfen, können auf uns zählen.

## **Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz**

Dass wir unser Leitmotiv im Wahlkampf – «Wir sprechen mit den Menschen, nicht über sie» – ernst meinen, zeigt sich nebst der Kampagne auch an unseren vier Wahlkampfthemen: Gleiche Löhne für Mann und Frau. Ein Finanzplatz, der keinen Rappen mehr in Erdöl investiert. Eine Begrenzung der Prämien auf 10 Prozent des Haushaltsbudgets, um die Prämienexplosion abzufedern. Und eine zweite Chance für



OLIVER HOFER



Christian Levrat am Wahlkampfauftakt auf dem Waisenhausplatz in Bern im Gespräch mit Passantinnen und Passanten.



Mitglieder der SP Zürich im Einsatz für die kantonalen Wahlen.

# n, nicht über sie

Menschen, die keinen Job finden – unabhängig davon, ob sie über 50 Jahre alt sind, ob Schul-, Studien- oder Lehrgängerinnen oder Flüchtlinge. Alle sollen die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen. Der jüngste Bundesgerichtsentscheid zur widerrechtlich gekürzten Prämienverbilligung im Kanton Luzern oder die Tausende von Jugendlichen an den Klimademos geben uns Recht: Wir setzen mit unserer Politik dort an, wo wir handeln können und müssen.

## Dialog statt Motorsäge

Als erste politische Wahlkampfleiterin der SP Schweiz in der Deutschschweiz sind mir die programmatischen Punkte sowie die Art der Wahlkampagne persönlich ein grosses Anliegen. Im Alltag bin ich in meinem Ehrenamt Ansprechperson für alle Kandi-

dierenden sowie Bindeglied zur Fraktion und zu den Bundesratsmitgliedern, zur Basiskampagne und zum Zentralsekretariat. Gegen aussen nehme ich – in Absprache mit dem Partei- und Fraktionspräsidium – die Kommunikation im Wahlkampf wahr. Im Gegensatz zum SVP-Wahlkampfleiter, der hierzu einmal mehr auf die Motorsäge setzt, bevorzuge ich jedoch – wie unsere Partei – den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das wirkt bestimmt nachhaltiger. Auch laufe ich nicht Gefahr, wegen des Motorenlärms nicht mehr verstanden zu werden. Denn nur gemeinsam sind wir stark – und gemeinsam können wir die rechtsbürgerliche Mehrheit im Nationalrat brechen.

Ich bin voller Vorfreude auf einen engagierten Wahlkampf sowie auf ein baldiges Gespräch oder eine Begegnung mit euch!

## Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an [solidarisch@spschweiz.ch](mailto:solidarisch@spschweiz.ch).

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

**IMPRESSUM** SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement für Gönnerinnen und Gönner ist im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, Fax 031 329 69 70, [solidarisch@spschweiz.ch](mailto:solidarisch@spschweiz.ch). Redaktion: Dario Schai, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 50 000 Exemplare.

# Damit die Krankenkasse das Budget nicht sprengt

**DIE SP SCHWEIZ LANCIERTE IM FEBRUAR DIE PRÄMIEN-ENTLASTUNGS-INITIATIVE.** Diese will die Krankenkassenprämien auf maximal 10 Prozent des Haushaltseinkommens beschränken.



Angelo Barrile,  
Hausarzt und  
Nationalrat (ZH)

Wir haben in der Schweiz ein gutes, für alle zugängliches Gesundheitswesen und darauf dürfen wir stolz sein. Nicht stolz bin ich hingegen auf die Finanzierung der Krankenkassen über Kopfprämien und darauf, dass diese Prämien für viele Haushalte die erträgliche Schmerzgrenze schon lange überschritten haben. Jahr für Jahr wiederholt sich das Trauerspiel: Die Krankenkassenprämien steigen und steigen.

## 26 kantonale Lösungen

Wir von der SP haben ja schon einiges versucht, um das System gerechter zu organisieren und zu finanzieren. Mit der Einheitskasse auf eidgenössischer Ebene sind

wir gescheitert. Auch auf kantonaler Ebene hat die SP verschiedene Krankenkassen-Initiativen eingereicht, doch erst im Kanton Waadt waren wir erfolgreich.

Oft im Fokus sind dabei die Prämienverbilligungen. Das System der Prämienverbilligungen besteht gegenwärtig aus 26 kantonalen Lösungen. Das ist für eine nationale Versicherung wie die Krankenkasse inakzeptabel. Um die Gleichbehandlung der Versicherten in allen Kantonen zu stärken, braucht es deshalb verbesserte Regeln auf Bundesebene, wie sie die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP vorsieht.

## Prämienlast senken

Die Prämien-Entlastungs-Initiative will die Krankenkassenprämien auf 10% des Haushaltseinkommens beschränken. Denn in den letzten 20 Jahren haben sich die Prämien mehr als verdoppelt, während die Löhne und Renten nur schwach gestiegen sind. Die Initiative entlastet jene, die beson-

ders stark unter den Prämien schulden leiden: Familien, Menschen mit tiefen bis mittleren Einkommen, Rentnerinnen und Rentner.

Der Zugang zu den Gesundheitsleistungen muss für alle Menschen wieder gewährleistet sein. Jedes Jahr gehen schätzungsweise zwischen 10 bis 20% der Versicherten in der Schweiz nicht oder zu spät zum Arzt, aus Angst vor Kosten, die sie nicht tragen können. Die Prämien-Entlastungs-Initiative wird den Zugang der Patientinnen und Patienten zu den Gesundheitsleistungen sicherstellen und das Haushaltsbudget entlasten.

In den letzten Jahren haben die meisten Kantone die Mittel für individuelle Prämienverbilligungen gekürzt und immer mehr Versicherte haben diese wichtige finanzielle Entlastung verloren. Die Prämien-Entlastungs-Initiative gibt diesen Versicherten das Recht auf Prämienverbilligung zurück und schützt gleichzeitig vor zukünftigen Kürzungen.

## Wie können Sie helfen?

Ich sehe als Hausarzt in meiner Praxis, dass vor allem ältere Menschen sich kaum mehr zum Arzt trauen – aus Angst vor den Kosten. Das darf nicht sein! Auch deshalb engagiere ich mich im Initiativkomitee.

Doch das Komitee kann die Volksinitiative nicht alleine stemmen, wir sind auf Unterstützung angewiesen. Einerseits brauchen wir 100 000 Unterschriften, andererseits Geld für unsere Kampagne. Mit Ihrer Unterstützung könnte dieser Satz schon bald in der Bundesverfassung stehen: «Die von den Versicherten zu übernehmenden Prämien betragen höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens.»

Auf unserer Website können Sie die Initiative unterschreiben oder für die Initiative spenden:  
[www.bezahlbare-praemien.ch](http://www.bezahlbare-praemien.ch)

Die Krankenkassenprämien haben sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt.

